

Der Gewerksverein

Organ des Verbandes der Deutschen Gewerksvereine
sowie für Einigungsämter, Versicherungs- und Produktiv-Genossenschaften.

Erscheint jeden Freitag. Vierteljährlicher Abonnementpreis: durch die Post bezogen 1 Mk. — Unter Kreuzband 1 Mk. 25 Pf. — Alle Postbestellungen für Berlin alle Zeitungs-Expeditoren, nehmen Bestellungen an. — Inserate pro Zeile: Geschäftsamt, 25 Pf., Geschäftsamt, 15 Pf., Vereinsamt, 10 Pf., Arbeitsmarkt gratis. Redaktion u. Exped.: N.O. Greifswalderstr. 221/22. Fernsprecher: Amt VII, Nr. 4720.

(Eigentum des Verbandes.)

Herausgegeben

unter Mitwirkung der Verbands- und Vereins-Vorstände
vom
Zentralrat der Deutschen Gewerksvereine
(Gisela-Duncker).

Bei Abonnement von mindestens 3 Exempl. unter einer Adresse tritt für Nichtmitglieder der ermäßigte Preis von 75 Pf. ein, welche Franco an den Verbandsfallreter Kuboff Klein, N.O. Greifswalderstr. 221/22, einzuwenden sind. Für Mitglieder 25 Pf. pro Exemplar. Bei obligatorischem Abonnement seitens der Gewerksvereine 25 Pf. pro Exemplar. Fernsprecher: Amt VII, Nr. 4720.

Nr. 36.

Berlin, 7. September 1906.

Achtunddreißigster Jahrgang.

Inhalts-Verzeichnis.

Sind wir noch auf dem richtigen Wege? — Die württembergische Fabrikeninspektion für 1905. — Zentralstelle für Industrie, Handel und Gewerbe. — Ein englisches Arbeiterurteil über Deutschland. — Wochenchau. — Gewerksvereins-Zeil. — Verbands-Zeil. — Anzeigen-Zeil.

Δ Sind wir noch auf dem richtigen Wege?

Durch die Arbeiterschaft geht seit Jahren eine radikalere Strömung, die auch in den vermehrten Kämpfen zum Ausdruck kommt. Es ist möglich, mit dem Seziersmesser in der Hand genau zu untersuchen, ob dieser verstärkte Radikalismus provoziert ist durch die Großunternehmer, die herrenstolzer geworden sind denn je, oder ob die Verstärkung des Scharfmachertums bei den Unternehmern zurückzuführen ist auf die Radikalisierung der Arbeiterschaft durch die Sozialdemokratie. Die Wahrheit liegt vielleicht in der Mitte. Radikalismus und Scharfmachertum dürften her- und hinüber einander gestärkt haben.

Der Sozialdemokratie ist es zwar nicht gelungen, die Gesamtheit der Arbeiter in ihre Gesellschaft zu bringen, wohl aber ist es ihr möglich gewesen, die gesamte Arbeiterschaft bis zu einem gewissen Grade zu beeinflussen und radikaler zu machen. Das Unternehmertum ist daran nicht ohne Schuld! Oft genug haben sie die Arbeiter der nichtsozialdemokratischen Richtung genau so abgepepft und getränkt, wie sie es Sozialdemokraten gegenüber zu tun pflegten. Wenn der Arbeiter eine Verbesserung seiner Lage forderte, dann hieß man ihn einen Sozialdemokraten. So haben Unternehmer und Sozialdemokraten mit heißem Bemühen an einer Vertiefung der Gegensätze gearbeitet.

Wir Gewerksvereiner haben dem gegenüber betont, daß zwischen Unternehmern und Arbeitern eine gewisse Interessengemeinschaft bestehe. Tatsächlich hat sich diese Auffassung auch immer da bewährt, wo sie Verständnis auf beiden Seiten fand. Herrenstolze Unternehmervorstände und auf dem Boden des grundsätzlichen Klassenkampfes stehende Arbeiterorganisationen gehen in ihren Auffassungen allerdings so weit auseinander, daß sie den zwischen ihnen liegenden Punkt des gemeinsamen Interesses nicht mehr sehen und fassen können. Zahlreiche Tarifverträge sind aber Beweis dafür, daß es eine Interessengemeinschaft zwischen Unternehmern und Arbeitern gibt. Es tut nichts zur Sache, daß die Verständigung vielfach erst nach heißen Kämpfen möglich war. Langwierige Streiks vernichten unsummen wirtschaftlicher Werte und schaden den Unternehmern wie den Arbeitern. Wenn beide Teile dieses erkennen, so werden sie das Bestreben haben, die Schädigungen möglichst zu vermeiden. Damit ist der Weg zu einer auf dem Fuße bürgerlicher Gleichberechtigung abzuschließenden Verständigung geebnet. Wir Gewerksvereiner haben die Pflicht, dieses immer wieder von neuem zu betonen! Wären wir noch auf dem richtigen Wege, wenn gerade wir die Möglichkeit zu einer solchen Verständigung leugnen wollten? Wir Gewerksvereiner sind keine Harmonieapostel, aber wir wollen die Verständigung im wohlverstandenen Interesse beider Teile und der Gesamtheit, wo sie nur möglich ist, aber wir kämpfen für unser Recht, wo unverständliche Unternehmer es uns vorzuenthalten suchen.

Ein verstärkter, innerlich gebaltloser Radikalismus ist in jedem Falle ein starkes Hemmnis der schließlich doch immer wieder notwendigen Verständigung! Arbeiter und Unternehmer sind auf einander angewiesen und müssen sich finden! Das kann nur der Verneinen, der den Klassenkampf aus Prinzip

führen will. Die prinzipiellen Kämpfe um die politische Herrschaft sind den Parteien zu überlassen. Die Arbeiterorganisationen schaden sich, wenn sie sich in den Dienst eines parteipolitischen Dogmas stellen. In unzähligen Fällen, wo dies geschah, und gerade in diesen, sind die Arbeiter immer wieder unterlegen. Der wirkliche Zweck der Arbeiterorganisationen kann nur dann erfüllt werden, wenn er allein darauf gerichtet ist, die Lage der Arbeiter durch Verbesserung der Arbeitsbedingungen zu heben. Wo die wirtschaftliche Gesetzgebung den Interessen des Volkes entgegenwirkt, wie das z. B. durch unsere Zollgesetzgebung geschieht, da ist es selbstverständlich eine Pflicht der Arbeiter, insbesondere der organisierten, bei den Wahlen diejenigen Parteien zu unterstützen, die eine verständige, allen Teilen des Volkes gerecht werdende Wirtschaftsgesetzgebung anstreben.

Die Sozialdemokratie hat mit ihrem politischen Radikalismus nur den Interessen der Reaktion gebient. Je stärker die Sozialdemokratie äußerlich wurde, um so mächtiger wurde innerlich die politische Reaktion. Darum ist die Arbeiterschaft durch diesen hohlen Radikalismus nur noch ohnmächtiger geworden. In der bekannten Geheimfugung hat der sozialdemokratische Reichstagsabgeordnete v. Elm ausdrücklich hervorgehoben, daß seine Partei „vollständig unfruchtbar“ ist. Der gewerkschaftliche Radikalismus hat in gleicher Weise versagt, denn in jener Geheimkommission erklärte Páplow: „Die Unternehmer wissen oftmals garnicht, wie schwach wir eigentlich sind.“ Das ist die natürliche Folge der radikalen Phrase hinter der keine wirkliche Kraft steht.

Um die Arbeiter im Kampfe mit dem durch den Radikalismus stark gemachten Unternehmertum ebenbürtig zu machen, sind in letzter Zeit mancherlei wohlgemeinte, aber praktisch undurchführbare Vorschläge gemacht worden. In der „Westd. Arb.-Post“ z. B. wurde in einem nach mancher Richtung hin nicht ganz unbedenklichen Artikel der „gewerkschaftlichen Verständigung“ das Wort geredet. Das Blatt des rheinisch-vestfälischen Ausbreitungsverbandes schlägt zu diesem Zwecke die Schaffung einer Körperschaft analog der Hauptstelle deutscher Arbeitgeberverbände vor. Das klingt sehr plausibel. Der „Regulator“ ist von dem Plane so begeistert, daß er in einer zustimmenden Erklärung die Frage aufwirft: Wer ist's, der in dieser Frage einmal die Initiative ergreift? Der „Regulator“ scheint hiernach anzunehmen, daß es bereitwillige Gegenliebe finden würde bei den Gewerkschaften, wenn nur die Führung der Gewerksvereine dazu die Anregung gäbe. Nach unsern Erfahrungen ist das ein Irrtum. Unser Verbandsredakteur hat schon vor langer Zeit im Zentralrat den Vorschlag gemacht, zu versuchen, ob nicht eine Verständigung aller Organisationen darüber herbeigeführt werden könne, daß bei großen Aussperrungen oder Arbeitsentstellungen die unorganisierten Arbeiter weder von der einen noch von der anderen Organisation eine Unterstützung erhalten. Wenn heute ein Streik ausbricht oder eine Aussperrung erfolgt, dann kommen die Unorganisierten, die nie einen Pfennig für die Organisation übrig hatten, und halten die Hand auf, um womöglich genau so unterstützt zu werden wie diejenigen, die das Geld aufgebracht haben. Wer ihnen die Unterstützung zahlt, der bekommt sie in seine Organisation. Aus diesem Grunde suchen sich die Organisationen gegenseitig zu überbieten, und wer dann am meisten gibt, der hat auch die meisten Ausnahmen zu verzeichnen. Ist die Aussperrung oder der Streik — oft erst nach langen Wochen — be-

es doch gewiß nicht an dieser „scharferen Betonung des gewerkschaftlichen Kampfes“ gefehlt, wie kommt es nun aber, daß unsere Sache gerade dort stockt und mehr rückwärts als vorwärts geht? Sollte es da nicht vielleicht doch vorab noch zweckmäßiger sein, die Grenzlinien scharfer zu markieren, die uns von den anderen Organisationen trennen? Wenn wir uns bemühen wollten, diese Einien, die gezogen sind durch die in tiefen Ursachen begründeten Unterschiede, mehr und mehr zu verwischen, so könnte dies doch zur Folge haben, daß gar mancher Gewerkschafter sagen würde, wenn wir dasselbe wollen, was die anderen wollen, dann können wir nur gleich mit dem größeren Haufen laufen. Die Macht der Tatsachen beginnt inzwischen auf die Gewerkschaften zu wirken, sie beginnen schon irre zu werden an der Nützlichkeit der allzuschärfen „Betonung des gewerkschaftlichen Kampfes“. Sollen wir radikalere werden in einer Zeit, wo jene zahmer werden?

Die Männer in der Verbandsleitung und in den Hauptvorständen der Gewerkschaften meinen es auch nicht schlecht mit unserer uns allen heilige Sache und sie haben noch nicht vergessen, was sie durch den Mund ihrer Redner am Grabe des verewigten Begründers der Gewerkschaften geschworen haben.

Energisch vorwärts, aber das Wort: Treue um Treue soll seinen guten Klang behalten!

Die württembergische Fabrikeninspektion für 1905.

III.

Uebergend zu dem Kapitel: „Schutz der Arbeiter vor Gefahren“ ist bemerkenswert, daß im Jahre 1905 1728 Unfälle aus den der Gewerbeinspektion unterstellten Betrieben von den Beamten festgestellt wurden. Sehr zu beklagen ist es, daß auch davon jugendliche Arbeiter betroffen wurden. So wurde einer kaum 14jährigen Arbeiterin beim Reinigen einer nicht stillgestellten Maschine in einer Spinneret der rechte kleine Finger abgerissen. Mit Recht wird hierzu bemerkt, daß Kinder nicht mit Reinigen von Maschinen betraut werden sollten. Und ein noch nicht 15jähriger Lehrling verunglückte dadurch, daß er beim Auslegen eines abgestellten Riemens am Vorbelegen einer rechts und links gehenden Drehbank durch den laufenden Riemen hindurchgriff — zu welchem Zwecke, war nicht aufzuklären — und ihm von dem letzteren der Oberarm abgedrückt wurde. — Sollten nicht derartige erhebliche Verletzungen eine ernste Mahnung und Warnung sein, jugendliche Arbeiter an gefährlichen Maschinen zu verwenden?!

Eine größere Anzahl Verletzungen, zum Teil schwerer Natur, werden von Kreisfägen, Hobelmaschinen, Fräsen und in einer Blechbohrfabrik an Stanzmaschinen gemeldet.

Bei einem Unfall sei es nicht immer leicht, dessen inneren Zusammenhang mit den Gesamtverhältnissen des Arbeiters zu erkennen. Unachtsamkeit und Gleichgültigkeit des Arbeiters gegen die Betriebsgefahren spielen immer noch eine große Rolle. Trifft man hier bei in Betracht gezogen die Tatsache, daß die sittliche Lebensweise des Arbeiters, seine seelische und physische Veranlagung, die an sich wieder, wenigstens zu einem Teil, von dem Maß der Anstrengung und der Erholung beeinflusst werden, in enger Verbindung mit der Unfallgefahr stehen. Durch diese Faktoren werde die Unfallmöglichkeit ebenso stark beeinflusst, wie durch die Organisation und Leitung der Arbeit, die Beschaffung und Instandhaltung der Hilfsmittel, die Lage und die Dauer der Arbeitszeit und das Lohnsystem. Die Arbeitgeber seien sehr leicht geneigt, Unachtsamkeit und Gleichgültigkeit in den Vordergrund zu stellen, während die Arbeiter die letztgenannten Ursachen besonders hervorheben. Auf diese Weise werde das wünschenswerte Zusammenwirken von Unternehmern und Arbeitern auf dem Gebiete der Unfallverhütung erschwert. Auch im Berichtsjahr habe sich bei den Unfällen wieder gezeigt, daß die Häufigkeit derselben mit einem starken Arbeiterwechsel in Verbindung stehe, und dieser sei ganz zweifellos mit den allgemeinen Arbeits- und Lebensbedingungen auf das engste verknüpft.

Es ist erstreblich, daß andererseits konstatiert werden konnte, daß Arbeitgeber und Arbeitnehmer der Unfallverhütung allmählich besseres Verständnis entgegenbringen. Da und dort sind von den Aufsichtsbeamten Werkzeuge angetroffen worden, deren Konstitution von vornherein die Unfallgefahr zu vermindern geeignet erschien.

Die an Arbeitsmaschinen erforderlichen, etwa noch fehlenden Schutzvorrichtungen werden auf Verlangen in den meisten Fällen bereitwillig beschafft. Dagegen lasse sich die nicht seltene und teilweise unerhebliche Unfallgefahr durch Verengung der Gänge und Verkehrswege in den Arbeitsräumen, die häufig durch die nachträgliche Auffstellung von Arbeitsmaschinen herbeigeführt ist, welche noch ohne bauliche Erweiterungen untergebracht werden sollen, nur schwer ändern und beseitigen.

Im Hinblick auf die zahlreichen, an Lederkanten in Schuhfabriken alljährlich vorkommenden Verletzungen an Fingern und Händen beantragten Schutzvorrichtungen zu deren Verhütung besonders Interesse. So wurde mit einer dieser Zweck vollständig erfüllenden Schutzvorrichtung eine neue, von der Firma Rob. Riehl in Leipzig gebaute, „Onom“ benannte Momentflanzange angetroffen. Diese Schutzvorrichtung lasse das Einrücken mittels Fußtritts erst zu,

nachdem der Arbeiter an der Stange eine Hemmvorrichtung unter Zuhilfenahme beider Hände, deren jede einen Hebel niederzudrücken habe, ausgeschaltet habe. Der Arbeiter könne daher während des Stanzens niemals mit seinen Händen unter den Pressballen geraten. Jedoch bringe der Stanger mit dieser Schutzvorrichtung nur etwa halb so viel Arbeit fertig als ohne dieselbe. Für die zum Ausstanz der Sohlen selbst dienenden Stangen, welche in ungleich größerem Umfang als die Momentflanzstangen nötig sind, sei die beschriebene Schutzvorrichtung nicht anwendbar. Gerade hierbei ereignen sich aber die erwähnten Unfälle. Zu deren Verhütung sei von Mechaniker Oberle in Tuttingen eine einfache Schutzvorrichtung erfunden und in einer Reihe von Schuhfabriken angebracht worden. Dieselbe bestehe in einem verstellbaren Schutzgitter, das durch einen einfachen Mechanismus sich während des Niedergangs des Pressballens vor diesen herabsenke und so ein Hineingreifen des Arbeiters unter den Pressballen in diesem Augenblick verhindere.

In einer Ziegelei wurde eine Arbeiterin angetroffen, die am Steinausgang mit Abnahme der Backsteine beschäftigt war; ihr dreijähriges Kind spielte am offenen Schacht und war ständig in Gefahr abzufallen. Der Anwesenheit von kleinen Kindern in solchen gefährlichen Betrieben sollte von den Unternehmern absolut nicht geduldet werden dürfen.

Das Verhalten der Arbeiter sanitären Einrichtungen gegenüber ist ganz individuell; es richtet sich nach Intelligenz, persönlicher Mangelhaftigkeit oder Empfindlichkeit für die Gesundheit. Die gebildete Arbeiterschaft finde sich mit hygienischen Neuerungen am raschesten zurecht. Sie sind auf diesem Gebiete auch mit der treibende Faktor. Es sei zweifellos eine Folge der Verbilligung ärztlicher Hilfe, ferner der hygienischen Aufklärung durch die Organisationen und die Krankenkassen, endlich des Einflusses der Gewerbeaufsicht, daß das Verständnis und das Urteil der breiten Masse hinsichtlich der gesundheitschädlichen Wirkungen gegen früher geschärft sei. Entsprechend dem Grad dieses Verständnisses zeige sich auch das Verhalten der Unternehmer in bezug auf die Verhütung und Beseitigung gesundheitschädlicher Einflüsse. Unter Verhältnissen, die der körperlichen und geistigen Gesundheit Rechnung tragen, sei auch die größte Leistungsfähigkeit zu erwarten, und um eine tüchtige, leistungsfähige Arbeiterschaft sich zu erhalten, sei bei den kapitalkräftigen und einsichtsvollen Unternehmern die Bereitwilligkeit durchaus vorherrschend, ihre Anlagen auch in sanitärer Hinsicht zu verbessern.

Was nun die wirtschaftlichen und Erwerbsverhältnisse betrifft, so werden dieselben als günstig bezeichnet. Bei einzelnen Industriezweigen könne von einem sehr guten Geschäftsgang gesprochen werden. In besonderem Maße gelte dies von der Textilindustrie, von der die Vergrößerung bestehender und die Errichtung mehrerer neuer, zum Teil umfangreicher Anlagen gemeldet werden. Gut beschäftigt seien durchweg gewesen: die Industrien der Metallverarbeitung und der Maschinen, Werkzeuge, Instrumente und Apparate, die nächst der Textilindustrie zu den bedeutendsten des Landes zählen und mit dieser zusammen über 100 000 Personen, d. h. mehr als die Hälfte der Gesamtarbeiterzahl beanspruchen. Dagegen hatten die Zigarren- und Tabakfabriken unter den unsicheren Zoll- und Steuerverhältnissen zu leiden und in ihrem Verkehr mit dem Ausland einen harten Stand.

Außer den zahlreichen Lohnverbesserungen, welche Arbeiterorganisationen durch Lohnbewegungen, teilweise mittels Aushändeln erzielt haben, sind die Löhne in einer Reihe von Betrieben verschiedener Industriezweige im Berichtsjahre, teils infolge gesteigerter Nachfrage nach Arbeitskräften, teils auf Ansuchen der Arbeiter selbst, in einigen Fällen auch von den Arbeitgebern aus freien Stücken erhöht worden.

Wichtige Lebensmittel sind dagegen teurer geworden, in erster Linie das Fleisch, zum Teil auch die Milch und manche andere Lebensmittelbedürfnisse. Geringe Lohnerhöhungen werden dadurch aufgewogen worden sein, vielleicht auch nicht immer zur Verringerung des gemohnten Lebensunterhalts ausgereicht haben. In zahlreichen Fällen dürften aber die Löhne so gestiegen sein, daß sie eine bessere Lebenshaltung als zuvor ermöglichen, und zwar nicht nur dem gut bezahlten qualifizierten Arbeiter, sondern auch dem ungelerten.

Zentralstelle für Industrie, Gewerbe und Handel.

Der bayerische Landtag hat 5000 Mark für die Errichtung einer Zentralstelle nach dem Muster von Württemberg und Baden bewilligt. In der Abteilung 3 sollen auch die Vertreter der Arbeiterorganisationen zur Geltung kommen. Der Entwurf hat folgenden Wortlaut:

§ 1. Beim Staatsministerium des kgl. Hauses und des Außern wird eine Zentralstelle für Industrie, Gewerbe und Handel gebildet als gutachtliches Organ der kgl. Staatsregierung für wichtige wirtschaftliche und soziale Angelegenheiten.

§ 2. Die Zentralstelle besteht aus 3 selbständigen Abteilungen, und zwar 1. für Industrie und Handel, 2. für das Handwerk und 3. für Arbeiterschutz und Wohlfahrt.

§ 3. Der ersten Abteilung obliegt die Beratung und Begutachtung der Industrie und Handel berührenden wichtigen Fragen, insbesondere die Mitwirkung bei den Vorarbeiten für Zoll- und

endet, dann sind die Organisationen ihr Geld los, die aber durch die ihnen sofort gewährte Unterstützung gewonnenen neuen Mitglieder gehen zum größten Teil wieder ihrer Wege, können sie doch daselbe Spiel bei dem nächsten Kampfe wiederholen. Alle Organisationen leiden unter dieser Schädigung ihrer Kassen. Eine Verständigung würde ihnen daher auch gleichmäßig zu gute kommen und die indifferenten Kassenräuber würden zu der so notwendigen Erkenntnis gebracht, daß sie einer Organisation beitreten müssen, wenn sie nicht bei nächster Gelegenheit am Hungertuche nagen wollen. Aufgenommen wurde der Vorschlag von keiner Seite, obgleich er doch auch nicht gerade gang unplaussibel sein dürfte.

Als unser Verbandsredakteur vor einigen Jahren einem der ersten Gewerkschaftsführer sozialdemokratischer Richtung den Vorschlag machte, eine Verständigung der Organisationen herbeizuführen zu dem Zwecke, in ganz Deutschland einmütig den Kampf aufzunehmen für die Einführung der 10stündigen Arbeitszeit, da wurde ihm geantwortet: das wäre sehr schön, aber es geht nicht! Die Gegensätze innerhalb der Arbeiterbewegung seien so tiefgehend, daß eine Verständigung zu einem einheitlichen gemeinsamen Vorgehen vielerorts auf starken Widerstand stoßen würde.

Die Verständigung hat allerdings auch eine Schattenseite. Die auf der Verschiedenheit der Weltanschauung und des parteipolitischen Charakters beruhenden Unterschiede würden sich nur ausgleichen lassen, wenn die Gewerkschaften unserer und der christlichen Richtung bereitwillig alles mitmachten und bedingungslos gutließen, was von den sozialdemokratischen Gewerkschaften gefordert würde. Wenn die gesamte übrige Bewegung aufginge in der sozialdemokratischen, dann wäre eine scheinbar „einheitliche Arbeiterbewegung“ geschaffen. Wir Gewerkschaftler können das aber unmöglich wollen. Die Christlichen würden ebensowenig an eine solche Verschmelzung denken. Die sozialdemokratischen Gewerkschaften aber würden bestimmt eine Verständigung nur dann gutheißen, wo sie damit den Interessen der Sozialdemokratie dienen könnten. Ein Nichtsozialdemokrat hat sich bisher noch nirgendwo in der Führung der sozialdemokratischen Gewerkschaften betätigen können. Wer nicht Sozialdemokrat ist, der wird so lange verhöhnt und mit Angriffen geprügelt, bis er davongeht. Auch dafür liegt bereits ein Beispiel vor. Eine Zentralstelle aller Arbeiterorganisationen würde nur von 12 Uhr bis mittag bestehen bleiben, weil in derselben ihrer Stärke entsprechend die Sozialdemokraten die Mehrheit haben würden. Mit den Sozialdemokraten aber ist nur dann ein gemeinsames Handeln möglich, wenn sich die Nichtsozialdemokraten willenlos unterwerfen. Die gemeinsame Zentralstelle würde mithin die gesamte Arbeiterbewegung unter die sozialdemokratische Herrschaft stellen!

Die schweizerischen Arbeiterorganisationen haben eine Zentralstelle dieser Art geschaffen mit dem Resultat, daß die sozialdemokratische Richtung diesem Bunde der Arbeiterorganisationen den Charakter aufbrachte und ihn dadurch zu einer wirksamen Betätigung im praktischen Sinne der Arbeiterbewegung unfähig machte.

Wir Gewerkschaftler ringen um die bürgerliche Gleichberechtigung mit dem Unternehmertum. Schwerer noch als dieses Ziel würde zu erreichen sein die volle Anerkennung der nichtsozialdemokratischen Arbeiterorganisationen durch die Sozialdemokratie.

Als einmal von einer andern Stelle der Verständigung das Wort geredet wurde, da antwortete Legin, die Gegensätze zwischen den Gewerkschaften und den anderen Organisationen könnten nicht ausgeglichen, sondern nur ausgekämpft werden. Das will bedeuten, daß der Ausgleich nur möglich wäre in der Form der völligen Niederwerfung der nichtsozialdemokratischen Organisationen.

Was in dem Artikel der „Westdeutschen Arbeiterpost“ über die gewerkschaftliche Verständigung gesagt wird, klingt an einigen Stellen etwas sehr eigenartig. Da heißt es zunächst über die Zersplitterung:

„Zwar treten die Schäden der Zersplitterung nicht in allen Teilen Deutschlands in gleich starkem Maße auf. Es gibt Gegenden, in welchen die freien Gewerkschaften fast die Alleinherrschaft ausüben; demgegenüber sind jedoch wieder Landestteile aufzuweisen, wie Rheinland und Westfalen, wo der Konkurrenzkampf der einzelnen Richtungen untereinander die denkbar schärfsten Formen angenommen hat.“

Die Schäden der Zersplitterung treten also nicht so stark hervor, wo die freien Gewerkschaften fast die Alleinherrschaft ausüben. Das hört sich an, als ob man für die Uneinigkeit verantwortlich machen will diejenigen Organisationen, die der bescheidenen Meinung sind, daß auch sie ein Recht zum Leben

haben. Wir nehmen natürlich an, daß hier nur eine falsche Ausdrucksweise in Betracht kommt, denn unmöglich kann man in Düsseldorf der Meinung sein, daß die Gewerkschaftler die eigentlichen Störenfriede sind. Es kommt aber noch ein anderer Satz, der wieder den Anschein erwecken kann, als ob gerade die nichtsozialdemokratischen Arbeiterorganisationen die Gegner friedlichen Zusammenwirkens wären. Es heißt nämlich weiter:

„Verbindet sich z. B. ein Agitator der freien Richtung auf einer Agitationstour, so folgen ihm Vertreter der anderen Richtungen. Die Versammlungen nehmen dann meistens einen radaumäßigen Verlauf, und die Gleichgültigen, welche man für den Gedanken der Organisation gewinnen wollte, fühlen sich von diesem Treiben vielfach angefeindet und bleiben der Gewerkschaft fern.“

Gewiß, die gegenseitige Herabsetzung in den Radauver sammlungen ekelt den Indifferenten an, aber mehr noch jeden anständigen organisierten Arbeiter. Aber warum wählt man das Beispiel so, als ob die armen Agitatoren der sogenannten „freien Richtung“; also der „freien“ Gewerkschaften so böswillig verfolgt werden, während sie gar zu gern in Frieden leben möchten? Die Gewerkschaftler haben gar nicht soviel Kräfte, um „freien“ Gewerkschaftlern nachzureisen und dafür zu wirken, daß die Versammlungen einen „radaumäßigen Verlauf“ nehmen. Auch ist das nicht ihre Art. Umgekehrt wird ein Schuß daraus. Unsere Versammlungen haben darunter zu leiden, daß ein Agitator der „freien“ Gewerkschaften unserem Redner nachreißt und in den Versammlungen durch seine Mannen oben Radau machen läßt. Es ist, wie gesagt, doch etwas eigenartig, daß man das Beispiel so wählt.

Wünschenswert wäre es wohl auch, wenn in einem Gewerkschaftsblatt der Name „Gewerkschaft“ nicht kurzerhand verschwände durch Anwendung der Bezeichnung „Gewerkschaften“ auch für unsere Organisationen. Wir wollen weiter heißen, wie uns Max Hirsch genannt hat, als er den englischen Namen Trade-Unions korrekt in das deutsche Wort Gewerkschaft übersehte.

Zu einer unsere volle Eigenart und Selbständigkeit wahrende „Verständigung“ für eine „einheitliche Aktion aller drei Gewerkschaftsrichtungen“ zu einem bestimmten Zwecke, der von den Gewerkschaften gebilligt werden kann, wird die Verhandlung ganz gewiß bereit sein. Eine dauernde „Fusionierung der drei Organisationsrichtungen“ wäre nur möglich auf dem Boden der Gewerkschaften bezw. auf der Grundlage der von ihnen vertretenen Grundsätze. Die Gewerkschaften sind frei und unabhängig, sie lassen sich weder partei- noch kirchenpolitisch bevormunden.

Wenn die Gewerkschaften sich frei machen können von der Sozialdemokratie und die Christlichen von dem kirchlichen Einfluß und mehr auch von dem des Zentrums, dann steht der „Fusionierung“ nichts mehr im Wege. Bis dahin dürfte aber noch manches Trübsal Wasser durch den Rhein fließen. Die Meinung der „Westdeutschen Arbeiterpost“, daß das Streben „aller einsichtigen Gewerkschaftler auf die Schaffung einer einheitlichen Organisation hinauslaufen muß“, in Ehren, im Prinzip billigen wir sie sogar und würden sie auch praktisch betätigen helfen, wenn ihrer Erfüllung nicht vorab noch unüberwindliche Schwierigkeiten entgegenstünden. Welchen Erfolg die Propagierung eines solchen Gedankens in dieser Zeit hat, das zeigt der in voriger Woche vorgekommene eigenartige „Verschmelzungsversuch“ der Bergarbeiter im Ruhrgebiet. Die Arbeiter werden mißtrauisch gemacht gegen ihre Führer, wenn ihnen die „Westdeutsche Arbeiterpost“ vorredet:

„Wir haben schon vorher des näheren auf jene bedeutenden Schäden hingewiesen, die der Arbeiterschaft in ihrer Gesamtheit durch die heutigen Zustände zugefügt werden. Bei einigem guten Willen dürften sich auch Normen finden lassen, die eine solche Verständigung möglich machen. Leider ist dieser gute Wille zur Verständigung nicht bei allen Gewerkschaftsführern vorhanden. Noch immer gibt es leitende Persönlichkeiten in allen drei Lagern, die annehmen, daß es ihrer Richtung gelingen werde, die andere aufzusaugen.“

Ein schlechter Führer, der den Glauben an seine eigene Sache aufgibt! Die Entwicklung der Arbeiterbewegung giebt uns das Recht, auf die Zukunft unserer Sache zu vertrauen.

Jeder Gewerkschaftler muß mithelfen, unsere eigene Sache groß zu machen! Die „Westdeutsche Arbeiterpost“ hält aber nur dann ein weiteres Wachsen der Gewerkschaften für möglich, wenn in ihnen die revisionistische Richtung, welche eine schärfere Betonung des gewerkschaftlichen Kampfes wünscht, zum Durchbruch gelangt.“ Grau ist alle Theorie! In Rheinland-Westfalen hat

Wie durften sich nur die Arbeiter eine solche Aufgabe aus den Händen nehmen lassen! Welch ein Armutszeugnis — Armut an Selbsthilfe — für die deutschen Arbeiter! Es scheint, daß die deutschen Arbeiter ihr großes Organisations-talent in der Politik erschöpfen. In einigen Fabriken kamen wir während der Mittagspause an. Das Essen, das den Arbeitern vorgelegt wurde, machte auf uns einen ärmlichen und unbilligsten Eindruck. Alles muß in Saucen schwimmen. Für den Gastwirt ist die ewige Sauce freilich ein Vorteil. Sie verdeckt gnädig, was den Gast erschrecken und erschauern machen könnte. Gestraft hat es mich, daß ich bei meinen deutschen Arbeitskollegen das Kastor des Würfels und Kartenspiels wenig verbreitet fand.

Die Beobachtungen, die wir in Deutschland anstellen konnten, waren für uns sehr wertvoll. Die englischen Gewerksvereiner legen dem Auslande gegenüber viele Vorurteile. Von einem großen Teile hat uns unsere deutsche Reise befreit. Wir haben einsehen müssen, daß wir auch von Deutschland manches lernen können. Das großmütterliche Wohlwollen, mit dem Behörden und Arbeitgeber in Deutschland für den Arbeiter sorgen, widerspricht zwar unserm Sinn für Selbsthilfe, hat aber, wie man anerkennen muß, achtungswerte Erfolge aufzuweisen.

Wochenchau.

Berlin, 4. September 1906.

Darf die Organisation verweigert werden? Infolge eines Streiks bei Dörken in Gabelsberg sollen am 15. September alle organisierten den Gewerksvereiner oder dem Metallarbeiterverband angehörenden Form er ausgesperrt werden. Hiergegen richtet sich das folgende in der sozialdemokratischen „Freien Presse“ in Elberfeld erschienene Inserat:

Mitglieder des Deutschen Metallarbeiterverbandes und des Gewerksvereins der Maschinenbauer (S.-D.).

Nach dem Beschlusse des Arbeitgebervereins der Kreise Hagen und Schwelm sollen die Mitglieder obengenannter Organisationen zum 15. September ausgesperrt werden.

Um diesen Beschluß zunächst zu machen, fordern wir unsere Mitglieder auf, die Zugehörigkeit zur Organisation zu leugnen und zu erklären: „Sie wären nicht mehr Mitglied der Organisation“.

Alle Vorkommnisse, die Bezug auf die gegenständliche Bewegung haben, sind sofort an die Organisationsleitungen zu melden.

Die Parole gilt so lange, bis von den Organisationsleitungen eine andere herausgegeben wird.

Die Ortsvereinigungen des Deutschen Metallarbeiterverbandes Hagen und Gabelsberg.

J. A. Frig Donath, Aug. Haas.

Der Vorstand des Ortsvereins Gabelsberg der Deutschen Gewerksvereine.

J. A. Joh. Wandel.

Wir erklären sofort in unserem „Korrespondenzblatt“ vom letzten Sonntag, daß wir es lebhaft bedauern, daß unsere Verbandsgenossen in Gabelsberg einen solchen Beschluß haben fassen können. Der Gewerksvereiner muß den moralischen Mut haben, seine Zugehörigkeit zur Organisation zu bekennen, sei es nun im Kampfe mit den Unternehmern oder mit den einer anderen Organisation angehörenden Verbandskollegen. Die in Sachen vom Metallarbeiterverband eingeführte Verleugnungsmethode hat damals entscheidende Zurückweisung durch die Gewerksvereine gefunden. In der gesamten Organisation wird man darüber auch heute nicht anders denken und darum das Vorgehen unserer Kollegen in Gabelsberg einmütig beurteilen.“

Erfreulicherweise haben wir uns darin nicht getäuscht, wie aus folgender in der „Hagener Zeitung“ veröffentlichten Erklärung hervorgeht:

„Der Ortsverband Hagen usw. gibt es nicht zu, daß seine Mitglieder ihre Organisation verleugnen, sondern sie sollen offen und ehrlich bekennen, daß sie organisiert sind. Denn wenn sich die Arbeitgeber organisieren, dürfen wir es auch. Wenn der deutsche Metallarbeiterverband für seine Mitglieder die Parole ausgibt, sie sollten ihre Organisation verleugnen, so nennen wir das Betrug. Darum Kollegen richtet Euch nicht danach und auch nicht nach dem Vorschlage eines einzelnen aus unserer Organisation, der seine Unterschrift zweifellos hergeben hat, weil er einem auf ihn ausgeübten Druck glauben folgen zu müssen.“

Der Ausschuss des Ortsverbandes der Gewerksvereine Hirsch-Dunder, Hagen i. B.

Hagen, 2. September 1906.“

Es wäre ein starkes Stück, wenn der Verbandsgenosse Wandel in Gabelsberg seine Unterschrift gegeben hätte infolge eines auf ihn ausgeübten Druckes. Da wäre es seine Pflicht gewesen, sofort den gesamten Ortsverein zu benachrichtigen und auch den Agitationsleiter seines Gewerksvereins, damit er gegen die an ihm beabsichtigte Verleugnung hätte gehandelt werden können. Sollte Kollege Wandel aber die Unterschrift freiwillig gegeben haben, so verdient das entschiedene Beurteilung. Wir erziehen ihn, sich über diesen bedauerlichen Vorgang selbst im „Gewerksverein“ zu äußern.

„Die deutsche Bergarbeiter-Zeitung“ (Nummer 35) vom 1. September bringt einen 3 Spalten langen Artikel über die „Verschmelzung der Bergarbeiterverbände“. Der Artikel hat schon „gewirkt“, bevor er noch veröffentlicht wurde, denn in derselben Nummer befindet sich auf der 3. Seite ein „Aufruf an die Bergarbeiter Deutschlands“, der alle Bergarbeiter im alten Verband „einigen“ will. Die ganze Sache ist eine vom alten Verband bestellte Arbeit, zu deren Leistung sich leider auch Mitglieder der anderen Organisationen und auch 2 Gewerksvereiner hergegeben haben. In dem Aufruf heißt es:

„Kameraden, seid Ihr noch ferner gewirkt, Euch künstlich auseinander halten zu lassen, um Euch in verschiedene Gruppen zu versplittern, die man da heißt: Alter Verband, Hirsch-Dunder'scher Gewerksverein, Polenerverband, christlicher Gewerksverein usw.? Glaubst Ihr denn, Kameraden, es wäre schon genug, wenn wir nur organisiert sind? Glaubst Ihr, Kameraden, wenn wir alle in den bestehenden und verschiedenen Verbänden organisiert wären, das heißt alle, einschließlich der Indifferenten, dann wäre alles erreicht? Denkt Ihr, Kameraden, wenn ein Verband nach Osten, der andere nach Westen, Süden oder Norden zieht, dann würden wir was erzielen? Glaubst Ihr denn, es wäre uns nützlich, wenn wir sagten, der Verband muß sozialdemokratisch sein oder geleitet werden oder etwa christlich oder freisinnig oder gar nationalliberal oder sonst dergleichen mehr? Oder meint Ihr, es wäre gut, wie verschiedene Führer sagen, die Verbände können so bestehen bleiben, doch die Parole muß heißen: Getrennt marschieren und vereint schlagen? Habt Ihr, Kameraden, nicht oft genug gesehen, wie wir in den letzten zehn Jahren getrennt marschiert sind und uns gegenseitig tiefe Wunden geschlagen haben, woraus das Unternehmertum immensen Vorteil zog? Bedarf es noch weiterer derauflager Hinweise als die Knappschäftsleutenwahlen von 1904, von den andern und den vorübergehenden Wahlen erst gar nicht zu reden? Glaubst Ihr, Kameraden, bei dem Streik im Ruhrkohlengebiet 1906 wäre es nicht besser gewesen, wenn wir eine einzige Organisation und Führung gehabt hätten? Habt Ihr, Kameraden, Euch die Vorgänge während des Streiks in Mitteldeutschland und beim Abbruch desselben gemerkt? Wäre es auch dort nicht besser gewesen, wenn nur eine einzige Organisation bestanden hätte? Wir brauchen auf weiteres gar nicht hinzuweisen, wir wollen auch nicht den einzelnen unserer Führer die alleinige Schuld beimessen, sondern wir wollen sagen: Sie haben alle ihr Schuldteil dazu beigetragen und wir mit, weil wir es gebuldet haben.“

Der Aufruf erzählt dann weiter, daß eine gemeinsame am 15. Juli in Scherlebed bei Redlingshausen stattgefundene Versammlung der daselbst bestehenden Bergarbeitervereine die „Siebenerkommission“ aufgefordert habe, eine Redierkonferenz mit der Tagesordnung „Verschmelzung der bestehenden Verbände zu einem einzigen“, einzuberufen. Der Vorsitzende der Siebenerkommission Ewert-Altenreien habe aber darauf gar nicht geantwortet. Der Aufruf schließt: „Darum, Bergmann, aufgewacht! Alle Räder stehen still, wenn dein starker Arm es will.“ Unterschriften ist er wie folgt:

Vom alten Verband: Aug. Boroch, Louis Pirur, Herm. Müller, Gustav Weiß, Anton Renning. Vom Polenerverband: Valentin Kapior. Vom christlichen Gewerksverein: Josef Schregel. Vom Hirsch-Dunder'schen Gewerksvereine: Aug. Koch, Heinrich Kulte.

Auf unsere Anfrage beim Generalrat der Bergarbeiter ist uns die Antwort zuteil geworden, daß die beiden Unterzeichner Koch und Anke dem Gewerksverein der Bergarbeiter nicht angehören. In Scherlebed besteht ein Ortsverein der Fabrik- und Handarbeiter. Wenn Koch und Anke überhaupt Mitglieder des Gewerksvereins sind, so könnten sie hiernach nur diesem Ortsverein angehören. Selbstverständlich billigt auch der Generalrat dieses Gewerksvereins das Vorgehen der beiden Scherlebeder Mitglieder nicht. Es ist ferner selbstverständlich, daß Redierkonferenzen nicht besetzt sind, die Verschmelzung der Organisationen zu beschließen. Daher hat Ewert ganz recht daran getan, wenn er den Brief unbeantwortet ließ. Wie wir über diese Art von „Verschmelzung“ denken, das wollen unsere Verbandsgenossen im Leitartikel vorliegender Nummer freundlichst nachlesen.

Ohnmächtig ist die Sozialdemokratie und ohnmächtig sind ihre Gewerkschaften! In der „geheimen Konferenz“ hat Reichstagsabgeordneter v. Elm bekanntlich erklärt, die sozialdemokratische Partei treibe eine „vollständig unfruchtbare politische Tätigkeit“. Das ist richtig, ihr Radikalismus hat nur die Reaktion groß und so einflußreich gemacht, daß sie Preußen und Deutschland unterjochen konnte im Landtage wie im Reichstage.

Die „freien“ Gewerkschaften sind nicht minder ohnmächtig. Das zeigt uns eine andere vom „Anarchist“ veröffentlichte Stelle des Geheimprotokolls. Die bezüglichen Verhandlungen beschäftigen sich mit der Frage, ob die der Generalkommission angeschlossenen Gewerkschaften nicht gut tun würden, einen Generalkonferenzfonds zu schaffen. Hören wir, wie die öffentlich radikalen Führer im „Geheimkammerlein“ sich gegenseitig von der Ohnmacht der freien Gewerkschaften zu überzeugen suchen:

Silberschmidt, Mitglied der Generalkommission: Die meisten großen Ausperrungen sind zu ungunsten der Arbeiter verlaufen, ein Zustand, der doch zum Nachdenken Anlaß geben sollte. Es müßte erwogen werden, ob sich gegen diese Ausperrungsmante von seiten der Gewerkschaften nichts unternehmen läßt. Freilich fehle es unter den gegenwärtigen Verhältnissen an den notwendigen Mitteln, um einen derartigen Abwehrkampf großen Stils führen zu können. Wenn aber ein Kampf kommen sollte, bei dem das Objekt die Opfer wert ist, dann müßte doch einmal der Frage näher getreten werden, ob nicht mit Hilfe aller Gewerkschaften eine solche Machtprobe zum vollen Auszuge gebracht werden müßte. Was die Frage

Handelsverträge, bei Einführung neuer Industriezweige, Förderung des Exports und von Industrie und Handel überhaupt, und zwar tunlichst im Einvernehmen mit den Handelskammern. Der Wirkungskreis der Abteilung für das Handwerk umfaßt die Hebung und Förderung des Handwerks, namentlich durch tüchtige Ausbildung der Lehrlinge und Gesellen, Fortbildung der Handwerksmeister in Meisterkursen, Pflege des gewerblichen Genossenschaftswesens und Anregung sonstiger, dem Handwerksstande dienlicher Einrichtungen und Veranstaltung von Ausstellungen von feingewerblichen Kraft- und Arbeitsmaschinen, Werkzeugen usw. usw.) im tunlichsten Zusammenwirken mit den Handelskammern. Die Abteilung für Arbeiterschutz und Wohlfahrt hat in Verbindung mit der Fabrik- und Gewerbeinspektion beim Schutze der industriellen und gewerblichen Arbeiter vor Gefährdungen des Lebens und der Gesundheit in den Betrieben mitzuwirken und der Besserung der Arbeiterverhältnisse in wirtschaftlicher und ethischer Beziehung besondere Beachtung zuzuwenden.

§ 4. Jede der 3 Abteilungen hat die ihr zugewiesenen Aufgaben völlig selbständig und unabhängig von den anderen Abteilungen zu erfüllen. Handelt es sich um Angelegenheiten, welche den Wirkungskreis zweier oder sämtlicher Abteilungen betreffen, so sind dieselben von den beteiligten Abteilungen gemeinsam zu beraten. In allen diesen Fällen stimmt jedoch jede Abteilung für sich ab. Das Stimmverhältnis ist im Sitzungsprotokolle zu bemerken.

§ 5. Die Zusammenlegung der 3 Abteilungen erfolgt in nachstehender Weise: Die Abteilung für Industrie und Handel besteht aus 1. acht von den Handelskammern zu wählenden Mitgliedern, von denen je die Hälfte der Industrie und dem Handel anzugehören hat, 2. den Direktoren des Bayerischen Gewerbemuseums in Nürnberg und des Pfälzischen Gewerbemuseums in Kaiserslautern und dem 1. Vorsitzenden des Polytechnischen Vereins in München, 3. einem bis zwei Hochschulprofessoren, den Vorsitzenden der geognostischen Abteilung des Oberbergamtes und des hydrotechnischen Bureaus sowie einem hervorragenden Elektrotechniker, 4. 2 bis 5 Mitgliedern großer bayerischer industrieller und kaufmännischer Verbände. Die Abteilung für das Handwerk wird gebildet aus 1. acht von den Handelskammern zu wählenden Mitgliedern, 2. den Direktoren des Bayerischen Gewerbemuseums in Nürnberg und des Pfälzischen Gewerbemuseums in Kaiserslautern, den 1. Vorsitzenden des Polytechnischen Vereins und des Bayerischen Kunstgewerbevereins in München und dem Gewerbeinspektor, 3. 2 bis 5 Mitgliedern großer gewerblicher Verbände. Die Abteilung für Arbeiterschutz und Wohlfahrt setzt sich zusammen aus 1. je 4 von den Gesellenausschüssen der Handelskammern und von den Ausschüssen der auf Grund des Invaliden-Versicherungsgesetzes gebildeten Versicherungsanstalten zu wählenden Gesellen bezw. industriellen Arbeitern, 2. 2 von den Korporationen der Handlungsgehilfen in München und Nürnberg zu wählenden Handlungsgehilfen, 3. dem Zentralinspektor für Fabriken und Gewerbe, einem Fabrik- und Gewerbeinspektor sowie dem Wohnungsinspektor, 4. 2 Arbeitersekretären und 2 bis 3 Mitgliedern großer Arbeiterverbände, 5. je einem Professor der Gewerbehygiene, der Chemie und der Maschinenkunde. Für die sämtlichen in den 3 Abteilungen zu wählenden Mitglieder ist je ein Ersatzmann zu wählen. Die Dauer der Wahlperiode und das Wahlverfahren ist in einer Wahlordnung durch das Staatsministerium des Königl. Hauses und des Äußeren zu bestimmen. Die Ernennung derjenigen Mitglieder der 3 Abteilungen, welche nicht schon fest bestimmt oder zu wählen sind, erfolgt durch das Staatsministerium des Königl. Hauses und des Äußeren. Dieses ist befugt, nötigenfalls zu den einzelnen Sitzungen der Abteilungen geeignete Sachverständige beizugehen.

§ 6. In allen Angelegenheiten, bei welchen die übrigen Staatsministerien beteiligt erscheinen, sind diese behufs allenfallsiger Abordnung von Vertretern vorher von den Beratungen zu verhandigen.

§ 7. Der Zentralstelle werden hauptsächlich zur Förderung des Handwerks ein oder mehrere Techniker beigegeben, welche den Titel Gewerbeinspektoren und dem Staatsministerium des Königl. Hauses und des Äußeren unterstehen.

§ 8. Den Vorsitz im Gesamtkollegium der Zentralstelle (in den vereinigten 3 Abteilungen) führt der Staatsminister des Königl. Hauses und des Äußeren oder dessen Stellvertreter. Außerdem kann der Vorsitz dem Gewerbereferenten dieses Staatsministeriums oder dessen Stellvertreter übertragen werden. Die Führung der Geschäfte in den einzelnen Abteilungen der Zentralstelle wird durch eine von dem Staatsministerium des Königl. Hauses und des Äußeren zu erlassende Geschäftsordnung geregelt.

§ 9. Das Amt eines Mitglieds der Zentralstelle ist ein Ehrenamt. Die auswärtigen Mitglieder beziehen jedoch bei Einberufung Ersatz ihrer Reisekosten (Eisenbahnfahrt 2. Klasse) und ein Taggeld von 10 Mk.

§ 10. Die Einberufung des Gesamtkollegiums sowie der einzelnen Abteilungen der Zentralstelle erfolgt, so oft Veranlassung hierzu vorliegt, durch das Staatsministerium des Königl. Hauses und des Äußeren, welchem auch obliegt, alle zum Vollzuge dieser Verordnung erforderlichen Einleitungen und Anordnungen zu treffen.

Wir haben uns sofort an das Staatsministerium des Königl. Hauses und des Äußeren gewendet, um unseren bayerischen

Ortsvereine eine Vertretung in dieser Zentralstelle zu sichern. Wir haben in Bayern 121 Ortsvereine mit rund 10 000 Mitgliedern. Wir werden nicht verfehlen, unsere bayerischen Ortsvereine im gegebenen Augenblick aufzurufen zu einer energischen Agitation, und sind die Vorarbeiten für dieselbe durch schriftliche Verhandlungen mit unseren führenden Kollegen in Bayern und dem Ausbreitungsverband bereits eingeleitet.

Ein englisches Arbeiterurteil über Deutschland.

Herr George Proctor, der als Teilnehmer einer Studentenkommision englischer Gewerksamer vor einigen Monaten Deutschland bereiste, schildert uns das Ergebnis seiner Reiseindrücke in folgendem kritischen Artikel:

Unsere Studien begannen wir in Krefeld. Hier besuchten wir u. a. auch mehrere Arbeiter in ihren Wohnungen. Die erste Wohnung, die wir betraten, überraschte uns durch ihre gemüthliche, ja fast wohlhabende Einrichtung. Wir fanden aber bald heraus, daß der Komfort dieser Wohnung eine Ausnahme bildete und vorzugsweise der Geschäftlichkeit der Hausfrau zu verdanken war, die mit ihres Mannes Lohn in bezug auf Essen und behagliche Gestaltung der Häuslichkeit Wunderdinge verrichtete. Die übrigen Arbeiterwohnungen, die wir in Krefeld besichtigten, erschienen unseren englischen Augen, die an den offenen Kamin mit dem flackernden Feuer und an ein wohl ausmüblertes Heim mit Vinoleum und Teppichen gewöhnt sind, als trübselig, öde und ungemüthlich. Dabei verdienten in der einen Familie drei Familienmitglieder zusammen die Woche mindestens 41 Mt. Mit einem solchen Einkommen verstehen wir englischen Arbeiter besser zu wirtschaften und unsere Häuslichkeit schmücker und behaglicher auszustaffieren.

Sonntag abend besuchten wir ein Arbeiterfest. Das leichte deutsche Bier floß hier in Strömen. Männer, Frauen und sogar Kinder tranken es. Ich aber als strenger Alkoholgegner sah mir dieses Schauspiel kopfschüttelnd an; dennoch freute es mich, wenigstens keine Betrunknen zu sehen. Am nächsten Tag gingen wir in zwei Krefelder Webereien, um unsere deutschen Arbeiterkollegen bei der Arbeit zu sehen. Die eine Fabrik war glänzend mit den neuesten Maschinen und Arbeiterwohlthatseinrichtungen versehen. An den Arbeitern fiel mir zweierlei auf: 1. daß sie gut genährt und 2. daß sie gut gekleidet waren. Es überraschte mich sehr zu beobachten, wie sorgfältig und sauber gekleidet die deutschen Arbeiter auf der Straße gehen. Selbst wenn sie die Arbeit in der Mittagspause verlassen, machen einige Arbeiterkategorien Toilette.

Diese verfeinerten sozialen Lebensgewohnheiten sind offenbar nur die Folge guter und geistiger Arbeitsverhältnisse. Beides kann man nicht trennen. Arbeitet das Volk unter schlechten und unglücklichen Arbeitsbedingungen, so sinkt sein Kulturstand. Im öffentlichen Leben und zu Hause wird es sich roh betragen. Angemessene Arbeitszeit und guter Lohn dagegen bekommen der gesamten Gesellschaft besser — vorausgesetzt, daß man sich des Alkoholismus erwehren kann. Ich als englischer Gewerksamer habe mich deshalb auf unserer Reise durch die Wohlfahrtsinstitutionen mancher deutscher Arbeitgeber nicht blenden lassen. Wie oft werden einem da Potemkinsche Dörfer vorgeführt. Ich lasse mir lieber die Lohnbücher zeigen, denn weiß ich eher Bescheid. Oder ich gehe in die Arbeiterwohnungen. Hier kann man mir auch sein r für ein u vormachen, denn auch für das deutsche Volk trifft die Wahrheit zu, daß seine nationale Stärke in seinem gesunden Familienleben und seiner gesunden Häuslichkeit wurzelt muß.

Wir forschten auf unserer langwierigen Reise durch Deutschland immer wieder und wieder, ob irgendwo das System der Einfamilienhäuser mit Gärtchen für Arbeiter gebräuchlich sei. Wir fanden aber wenig davon. Meist zeigte man uns mit Stolz mächtige Hausbauten mit vielen Stockwerken, die irgend ein gemeinnütziger Verein, ein Arbeiterverein oder ein Arbeitgeber errichtet hatte. Die in Deutschland zur Regel gewordene Unsitte, vier, fünf und mehr flache Häuser unter einem gemeinsamen Dache aufeinanderzusetzen, hat sich wohl nur deshalb eingebürgert, weil es das bequemste Mittel zur Kapitalanlage geworden ist. Auch die Bodenspekulanten profitieren davon, denn mit Boden, auf dem einstöckige Arbeiterhäuser stehen, läßt sich nicht spekulieren.

Das Mietskasernensystem ist auch der Grund, warum man in Deutschland fast gar keine Arbeiter findet, die Eigentümer der Häuser sind, in denen sie wohnen. In Rheinland-Westfalen sahen wir mehrfach als Ledigenheime dienende riesige Mietskasernen. Die Absichten, die ihrer Errichtung zugrunde liegen, sind ja recht menschenfreundlich, aber die Tatsache bleibt doch bestehen, daß sie den Sinn für Familienleben zerstören. Ich konnte mich durch Rücksprache überzeugen, daß sie auch in Deutschland bei den Arbeitern im Grunde genommen unbeliebt sind. Den Arbeitern gefällt das Kasernenmäßige nicht. Sie fühlen sich dort auch vom Arbeitgeber zu abhängig. Die Abfütterung in den Kantinen kam mir wie ein an den deutschen Jungfrauen und Frauen begangenes Unrecht vor. Werden sie doch durch die Kantinen ihres Aredites auf die hausmütterliche Tätigkeit beraubt.

Ein anderer Mißstand, den wir englische Arbeiter mit Erschauen in Deutschland erndeten, ist der Umstand, daß auf vielen großen Werken die Konsumvereine in den Händen der Arbeitgeber sind.

8 Uhr-Ladenschluß erklärt, nur die Zigarren- und Produktenhändler verhielten sich ablehnend, was ihnen aber nichts half, da sie ausreichend überstimmt wurden. Die Handelskammer und die Gewerbetammer haben sich gutachtlich zugunsten des 8 Uhr-Ladenschlusses ausgesprochen. Daraufhin hat die Kreishauptmannschaft die ausnahmslose Einführung des 8 Uhr-Ladenschlusses angeordnet. Der 8 Uhr-Ladenschluß soll auch i. d. Zeit der Leipziger Messe aufrecht erhalten werden.

Am 8. September trat in Liverpool der Jahreskongreß der britischen Gewerksvereine zusammen. Anwesend sind 489 Delegierte, darunter 28 Parlamentsmitglieder. Die auf dem Kongreß vertretene Anzahl der organisierten Arbeiter beträgt 1560000.

In Frankreich ist am 1. September das Gesetz über den wöchentlichen Ruhetag in Kraft getreten. Das Gesetz sieht davon ab, den Sonntag als allgemeinen Ruhetag zu proklamieren, weil die Sonntagsfeier nicht für alle Berufe, z. B. Kellner, Bäder usw. durchgeführt werden könne. Die Kellner und Bäder beklagten aber, daß die Arbeitgeber den „Wochenruhetag“ nicht gewähren und drohen schon jetzt mit Ausständen, wenn ihre Befürchtung eintreten sollte.

Gewerksvereins-Teil.

§ Fürstentum. Eine außerordentliche Versammlung des Ortsverbandes fand am Sonntag, 26. August, nachmittags 4 Uhr, in Wilhelmshöhe statt. Der Ortsverbandsvorsitzende, Genosse Friedrich, eröffnete dieselbe mit einer Begrüßung der zahlreich erschienenen Mitglieder und erteilte Verbandskollegen Klawon-Berlin das Wort zu seinem Vortrag: „Welche Lehren ziehen die Arbeiter und Arbeiterinnen aus der Entwicklung Deutschlands?“ Kollege Klawon schilderte die ungeheure Entwicklung der Industrie mit Beginn der siebziger Jahre. Ein Drittel der gesamten Bevölkerung Deutschlands sei in der Industrie beschäftigt. Mit der Zentralisierung der Gewerbe und dem stetigen Zurückgehen des Kleinhandwerks habe die Lebensweise des Arbeiters eine Umänderung erfahren. Derselbe sei heute zumeist auf sich selbst angewiesen. Diese Tatsache aber lasse es notwendig erscheinen, daß der Arbeiter an Selbstschutz denke, indem er sich organisiere. Auch die Entwicklung, in der die Menschenkraft immer mehr durch Maschinenkraft verdrängt wird, mache es den Arbeitern zur Pflicht, sich zu organisieren. Die unbegreifliche Erhöhung der Röhle und andere politische Maßnahmen erschweren dem Arbeiter die Existenz. Die Arbeiterschaft habe das Recht, genügenden Gehalt und Förderung zu verlangen. Aus diesem Gesichtspunkte sind die Gewerksvereine in den sechziger Jahren gegründet worden. Vom Staat ebensowenig wie vom Arbeitgeber könne der Arbeiter die Wahrnehmung seiner materiellen Interessen erwarten. Der Arbeiter dürfe nicht durch billige Löhne und übermäßig lange Arbeitszeit die Löhne brüden und seine Gesundheit schädigen. Er ist aber noch nicht aufgestanden genug, denn sonst würde er sich um die Kattation mehr bekümmern, er demagt sich, leidet nur zu seinem Schaden, mehr in partei- und kirchenpolitischen Bestrebungen, als auf dem wirtschaftlichen Gebiet. Auf dem Boden strenger Neutralität stehend, erstreben die Gewerksvereine S. D. durch die Organisation eine gesunde, bezüglich Lohn und Arbeit zeit bessere Lebensstellung. Es müßte dahin kommen, daß die Arbeiterfrau nicht mehr in die Fabrik zu gehen brauche, sondern sich zu Hause der Erziehung ihrer Kinder widmen könne. Aber dieser Zustand könne nur durch einen festen Zusammenschluß der Arbeiter herbeigeführt werden; sich zu organisieren, für die Organisation zu werden und zu wirken, das sei eines jeden Arbeiters Pflicht. Der Vortrag wurde mit reichem Beifall aufgenommen und vom Vorsitzenden der Dank ausgesprochen.

Nach einer kleinen Pause erteilt Kollegin Hil. Brennenstuhl-Berlin das Wort zum Vortrag: Ueber die Frauenbewegung. An die Männer richtete die Rednerin die Aufforderung, den Frauen nicht die für diese geeigneten Arbeiten wegzunehmen, da die Frauenarbeit in manchen Industriezweigen eine Notwendigkeit geworden sei, auch manches Mädchen und manche Frau gezwungen sei, ihren Erwerb selbst zu suchen. Rednerin beleuchtete dann die Mißstände, die sich ergeben, wenn eine verheiratete Frau zum Lebensunterhalt der Familie mit beitragen muß, wenn sie von der Fabrik kommt und weiß, daß ihrer zu Hause die Kinder und häusliche Pflichten warten; wie die Erziehung der Kinder und Vernaachlässigung des Haushalts darunter Schaden erleiden.

Sie fordert die Frauen und Mädchen auf, sich ebenfalls der Organisation zuzuwenden, denn nur dadurch wäre es möglich, daß das Los der arbeitenden Frauen und Mädchen gebessert wird.

In eine Diskussion wurde nicht eingetreten. Kollege Klawon-Berlin erteilte am Schlußwort, daß der Mann die Fabrikarbeiterin als Genossin und nicht als Konkurrentin betrachten soll. Die Frau müsse aber auch die zwingende Notwendigkeit erkennen, sich zu organisieren, die wenigen Pflichten Beitrag dürfte sie nicht scheuen, vereint mit dem Manne müsse sie für gesunde bessere Arbeitsbedingungen eintreten. Das Ziel müsse aber bleiben, daß die verheiratete Frau nicht zur Fabrik- oder Heimarbeit greifen müsse, der Mann müsse allein sozial verdienen, wie die Familie gebrauche. Nachdem die Vorsitzende des Frauen-Gewerksvereins zur Aufnahme aufgerufen und die Tage der Monatsversammlungen bekannt gegeben, der Ortsverbandsvorsitzende nochmals den Dank für die gutdurchdachten Vorträge ausgesprochen hatte, erfolgte Schluß der gutbesuchten Versammlung um 6 1/2 Uhr. Es folgte noch ein Familienanzug, welches die Teilnehmer bis zum späten Schluß in seltener Stimmung zusammenhielt.

Wäge diese Veranstaltung dazu beigetragen haben, das Band zwischen den Ortsvereinen mehr zu straffen und den Mitgliedern ein Ansporn sein, für die Gewerksvereinsangelegenheit weiter zu arbeiten.

Hil. Hil., Schriftführer.

§ Halle a. S. Der Ortsverband feierte Sonntag, 26. August, im Kollene sein 26 jähriges Stiftungsfest. Leider zeigte Jupiter sein freundliches Gesicht, infolgedessen konnte das aufgestellte Programm nicht vollständig durchgeführt werden. Die für die Jugend vorgesehenen Spiele resultierten durch einige Regenschauer Unterbrechung. Der Kollege Albert Schroeter hielt die Rede. Dieselbe war von höchstem Gewerksvereinsgeist durchdrungen und klang in ein Hoch auf die Deutschen Gewerksvereine aus. Am Abend war großer Kampionsumzug; etwa 500 Kinder durchzogen den Garten. Die Gesangsbeiträge von Seiten der „Gewerksvereinsliederchor“ waren als gut zu bezeichnen. Der umsichtige Kiebertmeister Hugo Stamm hatte seine Sängerschaft gut im Schwünge. Der am Abend von der dramatischen Abteilung aufgeführte Einakter fand allgemeine Anklang. Für Freunde des Tanzes spielte Frau Müllers lustig auf. Alles in allem kann das Fest als ein wohl gelungenes bezeichnet werden.

§ Hamburg. Der Ortsverband Hamburg-Altona hielt gestern abend in Französisches Gesellschaftshaus, St. Pauli, Heinrichstraße 12-14, eine außerordentliche Versammlung ab, zu welcher auch Damen und Nichtmitglieder Zutritt hatten. Als einziger Punkt der Tagesordnung war: „Verufsorganisation und was bezwecken die Gewerksvereine?“ zur Beratung gestellt. Nachdem der Vorsitzende, Herr Ludwig Breit, die Erschienenen begrüßt hatte, nahm als erster Redner Herr Hermann Cohn-Altona das Wort. Der Referent wies darauf hin, daß der Kampf ums Dasein mit den wachsenden Lebenskosten immer schwieriger werde. Dringend notwendig sei es deshalb, die wirtschaftlichen Kräfte zusammenzufassen. Die Deutschen Gewerksvereine haben der Arbeiterbewegung die richtigen Bahnen vorgezeichnet. Was wollen die Deutschen Gewerksvereine? Die Antwort erteilen am besten die Satzungen, welche den Gewerksvereinen als Richtschnur dienen. Der beste Beweis liegt in der Tatsache, daß die sozialdemokratischen Gewerkschaften, früher ausschließlich Kampfsorganisationen, später dieselben Grundsätze, die sie Dazwischen hindurch bekämpften, bei sich einzuführen versuchten. Die Sozialdemokraten merken, der Hinweis auf den Zukunftsstaat nicht mehr zucht. Zwischen den Bestrebungen, welche die Sozialdemokratie und die Gewerksvereine verfolgen, liegt ein großer Unterschied; letztere erblicken nicht in jedem Arbeitgeber einen Feind, sie predigen nicht den Klassenkampf, sondern wollen, wenn irgend möglich, den Frieden zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern aufrecht erhalten. Wo ein solcher Friede keinen Platz finde, wo alle irdischen Vorteile, die Arbeitsverhältnisse etwas auszubessern, an dem Widerstande der Prinzipale scheitern, da müsse natürlich der Kampf aufgenommen werden. Namentlich die Arbeitslosenunterstützung sei von hohem Werte; allein im Jahre 1905 wurden hierfür 313 136 Mk. ausbezahlt. Derhundert werde dadurch, daß die Arbeitslosen gezwungen werden ihre Arbeitskraft für jeden Preis zu verkaufen, um dadurch die Löhne noch mehr herabzudrücken. Organisation sei und bleibe immer die Hauptfrage; jeder Arbeiter müsse sich dort koalieren, wo man seine Sehnsüchte und Empfindungen teile, wo er sich geistig zu Hause fühle, jeder Zerwürfismus in dieser Richtung, wie eine blutige Partei ihn ausübe, sei als unmoralisch zu verwerfen! Die Organisation darf kein Selbstzweck, sondern muß eine freie Gemeinschaft, die Arbeit für die geistige und wirtschaftliche Emporhebung der Arbeiterschaft muß der eigentlich Lebenszweck sein. Wer sich weiter unterrichten wolle, was die Gewerksvereine — im Gegensatz zu den sozialdemokratischen Gewerkschaften — bezwecken, der möge die Mitglieder befragen oder sich an den Vorsitzenden Ludwig Breit, Hamburg, Kottbuserstr. 10, part., wenden. Redaktorialer Beifall folgte diesen Ausführungen. Es schloß sich hieran eine anregende Diskussion, worauf die Versammlung um 12 Uhr nachts geschlossen wurde.

§ Hochheim. Der Ortsverband hatte im Frühjahr dieses Jahres eine Eingabe an den städtischen Schulausschuß gemacht und wurde uns in dieser Angelegenheit eine zufriedenstellende Zusage durch ein Mitglied des Schulausschusses persönlich überbracht. In unserer letzten Ortsverbandsversammlung am 18. August wurde beschlossen, gegen die Bierpreis-erhöhung eine Eingabe an den Gastwirtsverein zu machen.

Vom 30. August d. J. an findet ein Kursus für Stenographie statt. Es hat sich hierzu ein jungerer tüchtiger Lehrer gefunden, welcher uns diesen Unterricht kostenlos erteilen will. Für Beihilfen sind 1 Mk. zu entrichten. Die Kenntnis der Stenographie ist eine wichtige Waffe im Lebenskampf geworden und im Interesse jeden einzelnen Mitgliedes liegt es, sich dem Kursus anzuschließen.

E. F a m b s h, Vorsitzender.

Verbands-Teil.

Protokollauszug des 16. Delegiertentages des Brandenburgisch-Saalfischer Ausbreitungsverbandes.

Verhandelt Betschau, den 26. August 1906, im Hotel Edel.

Die Sitzung wird um 11 Uhr vom Vorsitzenden Reugebauer-Spremberg eröffnet. Das Bureau bleibt in Händen des Vorstandes mit Karl-Linn-Betschau als Schriftführer. Die Prüfung der Verbände ergab die Anwesenheit von 23 Delegierten, welche 17 Vereine vertreten. Vom Zentralrat ist Kollege Winter anwesend. Von Weisenfels Kollege Dehner. Vom Schleischen Ausbreitungsverbande sind 2 Kollegen aus Göhrlich erschienen. Der Tätigkeitsbericht 1905/06, erstattet vom Kollegen Keller-Ehrenberg, ergibt, daß 14 Vorstandssitzungen und eine Konferenz der Ausschussmitglieder in Spremberg stattgefunden haben. Neue Vereine wurden 3 gegründet, Spremberg und Finsterwalde (Bauhandwerker), Drebahn (Wasschinenbauer). Aufgenommen wurden 6 Vereine, angegeschlossen sind 8. Der Verband zählt 24 Vereine mit 2077 Mitgliedern. An den Bericht schließt sich eine lebhafte Debatte. Der Kassierbericht 1905/06 ergibt eine Einnahme von 346,71 Mk., eine Ausgabe von 293,93 Mk., Bestand 52,78 Mk. Kollege Sonnenel-Betschau hielt einen Vortrag über die Resolution Erlebens, worüber sich eine lebhafte Debatte entspann. Von einer Abstimmung darüber wurde Abstand genommen. Ueber die Notwendigkeit der Presse referierte Kollege Dehner-Weisenfels. Es wird beschlossen, die „Mitteldeutsche Volkzeitung“ als Publikationsorgan des Ausbreitungs-

der Ausbringung der notwendigen Mittel anbelangt, so dürften sie allerdings nicht durch allgemeine Sammlungen, sondern sie müßten durch ein Umlageverfahren aufgebracht werden.

Schmidt (General-Kommission): Es ist richtig, daß wir im allgemeinen keine großen Freunde von Massenaktionen sind. Aber es sind Ereignisse eingetreten, die doch ein Abgehen von unseren beziehungsweisen Beschlüssen hier und da notwendig machen. Es gibt nunmal Gewerkschaften, denen Zumutungen gestellt werden, die man anderen nicht stellen kann. Es sei kein auf die Dauer erträglicher Zustand, daß beispielsweise die Metallarbeiter in Berlin bei 57 000 organisierten Arbeitern nicht in der Lage sind, allgemeine Tarifverträge zu erzwingen. Bei jeder Lohnforderung, selbst bei bescheidensten, wird den Arbeitern die Auspeirung angedroht. Das können wir auf die Dauer nicht ruhig mit ansehen. Diese Unternehmer erklären, sie und nimmer sich auf Tarifverträge einzulassen. Die hier notwendigen Kämpfe können die Metallarbeiter nicht allein führen. Diese Frage solle aber eben nur im engeren Rahmen, nicht einmal in der Fachpresse, diskutiert werden. Er stimme Ellberschmidt darin zu, daß sehr sorgfältig das geeignete Objekt ausgesucht werden müsse. Mit den Textilarbeitern könne freilich ein solcher Kampf nicht aufgefunden werden.

Scherer (Metallarbeiter): Die Metallarbeiter selbst, die doch am meisten bei der Sache in Frage kommen würden, verzichten darauf, als Versuchsanstalten zu dienen. Sein Verband habe genug andere Pläne.

v. Elm: Das Prühen mit Erfolgen ist auch eine Sache, die ihre Gegner hat. Die Mißerfolge schaffen wir damit nicht aus der Welt. Der Plan der General-Kommission, einen Zentralkomitee zu schaffen, wird und muß wiederkehren; die Entwicklung drängt dazu. Die Unternehmer sind uns in dieser Hinsicht schon vorangeht.

Raplow (Maurer): Den Ausführungen Schmidts, der so einen kleinen Generalstreik wolle, könne er nicht zustimmen; dabei würden wir erst recht unsere Blößen zeigen. Die Unternehmer wissen oftmals gar nicht, wie schwach wir eigentlich sind.

Rub: Die Frage muß lauten: Wie begegnen wir der Auspeirungstaktik der Unternehmer? In fast allen Fällen, wo man an die General-Kommission wegen Streikunterstützung herantrat, waren die Kämpfe so gut wie verloren. Die Auspeirung allgemeiner Sammlungen hat unter solchen Umständen etwas Bedenkliches; hier zeigen wir, wie Raplow mit Recht sagt, unsere Blöße. Denn wenn ein solcher aus allen Mitteln unterstützter Streik verloren geht, dann sei das eine Niederlage der gesamten Gewerkschaften.

Es geht so nicht und auch so nicht! Klassenkampf und Tarifverträge stehen miteinander in so schroffem Gegensatz, daß dieser erst überbrückt werden muß durch Anerkennung der Gewerkschaftsgrundsätze. Nur auf dem Boden dieser Grundsätze kann die deutsche Arbeiterbewegung erfolgreich sein.

Dem Verbands der Deutschen Gewerksvereine beigetreten sind die Brauerevereine von Magdeburg und Schönebeck a. Elbe. Wir sind über diesen Beschluß sehr erfreut und hoffen, daß noch recht viele Ortsvereine der Brauer ihren Anschluß an unsern Verband vollziehen.

Arbeiterbewegung. In Leipzig traten gegen 200 Notendecher in eine Tarifbewegung ein. Sie verlangen eine Erhöhung des 20 bis 24 Mk. betragenden Wochenlohnes um 1 Mk. und für Ueberstunden einen Zuschlag von 25 bis 50 pCt. Außerdem fordern sie eine achtstündige Arbeitszeit und die Beseitigung der Affordarbeit. — Der Gerberstreik in Ruckstadt a. O. ist beendet, nachdem er 14 Wochen, in einem Betriebe sogar 18 Wochen gedauert hat. Die Arbeit wird bedingungslos wieder aufgenommen. Die Arbeitgeber haben sich jedoch bereit erklärt, vom 1. Oktober cr. ab die zehnstündige Arbeitszeit einzuführen. — Die Differenzen in den Zigarrenfabriken von Mülhausen sind zum größten Teil beigelegt worden. Ausständig sind nur noch 50 Arbeiter, meistens Spinner und Vorlegerinnen einer Zigarrenfabrik. — Der Ausstand in der Süddeutschen Juteindustrie in Mannheim-Waldhof ist beendet. Die Streikenden, meistens Ausländer, nehmen die Arbeit bedingungslos wieder auf. — Die Holzarbeiter in Kaiserlautern haben den Arbeitgebern Forderungen unterbreitet, wonach für Lohnarbeiter ein Zuschlag von 2 Mk. pro Woche und für Affordarbeiter ein solcher von 10 pCt. gefordert wird. Die Arbeitszeit soll 10 Stunden, am Sonnabend 9 Stunden betragen. — Im Eisenwerk Kaiserslautern haben 300 Arbeiter die Arbeit niedergelegt. — Die Arbeiter der Strebelwerke in Mannheim beschließen weiter im Ausstande zu verharren. Die Meister und Vorarbeiter sollen aufgefördert werden, sich der Lohnbewegung anzuschließen. — In Niederarsberg (Nbg. Arnberg) sind 400 Hüttenarbeiter der Kupferhütte wegen Lohnhöhen in den Ausstand getreten. — Auf dem Hüttenwerk Rothe Erde bei Aachen wird der Lohnkampf mit ungeschwächter Kraft seitens der Arbeiter weitergeführt. — Der Streik in der Schuhfabrik von Spies in Stuttgart ist durch einen Vergleich beigelegt worden. Die gemäßregelten Arbeiter wurden wieder eingestellt. — Die Konfektionsarbeiter der Kleiderfabriken in W. Gladbach traten in eine Lohnbewegung ein. Sie fordern einen Tarif, der erhöhte Löhne und zehnstündige Arbeitszeit vorsieht. — Die Textilarbeiter in Böhmisch-Budweis fordern die Einführung der zehnstündigen Arbeitszeit, eine zehnprozentige Lohnerhöhung und achtstündige Lohnzahlung. Die Fabrikanten sollen sich bis zum 1. Ok-

tobers zu den Wünschen der Arbeiter äußern. — Die seit mehreren Wochen ausständigigen Bauarbeiter in Nürnberg haben zur Beilegung der Differenzen das Einigungsamt angerufen. — Der Arbeiterverband für das Baugewerbe in Zeitz und Umgegend hat beschlossen, die Maurerziffer aufzuheben. — Wie in Pforzheim ist auch in Schwäbisch-Gmünd die Lohnbewegung in der Goldwarenindustrie zugunsten der Arbeiter beendet worden.

In der mit dem 23. September beginnenden Woche findet in Mannheim der sozialdemokratische Parteitag statt. Unter den 120 Anträgen befindet sich nicht ein einziger sozialpolitischer Charakter. Sollten Anträge solcher Art noch nachkommen, so werden sie doch, wie auch auf den früheren Parteitagen, am Schluß im Ratsch verhandelt. Sehr viele Anträge liegen zum Thema „Gewerkschaft und Partei“ vor. Ein Teil der Anträge will, daß die Zahl der Mitglieder des Parteivorstandes vermehrt wird, damit diese Stellen mit „hervorragenden Gewerkschaftsführern besetzt werden“ können. Andere Anträge aber verlangen eine schärfere Aufsicht des Parteivorstandes über die Gewerkschaften, damit diese keine Seitenprünge mehr machen. Zu der Frage des Massenstreiks liegen ebenfalls mehrere Anträge vor. Im Bericht des Parteivorstandes hieß es, daß der 21. Januar „ein Triumphtag der Sozialdemokratie“ gemeldet sei. In einem der Anträge aber wird von der „verunglückten Wahlrechtsituation des letzten Winters“ gesprochen. Es ist sehr heiter, daß innerhalb derselben Partei ein und derselbe Gegenstand so himmelweit verschieden beurteilt werden kann. Weitere Anträge verlangen eine Einwirkung auf die Jugendunterziehung im sozialdemokratischen Sinne und eine Agitation unter den Rekruten in der Aushebungszeit gegen den Militarismus. Mißtrauensvoten werden beantragt gegen die sozialdemokratische Reichstagsfraktion, weil sie bei der Borussia-Interpellation fast vollständig durch Abwesenheit glänzte und weil die Fraktion an einer Weinprobe im Reichstage teilgenommen hat. Sehr schlecht wird es wohl dem Abg. Wed gehen, der bei jener Weinprobe noch allerhand Nummernschanz trieb, um einmal seinem Namen Ehre zu machen.

Infolge der Straßennunnen in Nürnberg hat der Stadtmagistrat eine Bekanntmachung erlassen, welche verbietet, vor Bahnhöfen, Fabriken oder Werkstätten zu verweilen, was auch nicht durch Auf- und Abgehen geschehen darf. Den Anordnungen der Polizeibehörde oder polizeilicher Beamter oder Bediensteter zur Durchführung dieser Vorschrift „muß unverzüglich und unweigerlich Folge geleistet werden“. Die Verordnung des Magistrats soll „zur Wahrung der Sicherheit, Bequemlichkeit und Ruhe des öffentlichen Verkehrs dienen“ und vorübergehend gelten. Der Magistrat stützt sich auf § 386, Ziffer 10, des Reichsstrafgesetzbuches, Artikel 44 des Polizeistrafgesetzbuches und § 153 der Nürnberger Straßenpolizeiverordnung vom 1. September 1903. Das Streikpostenstreichen ist damit, wenn auch nur „vorübergehend“ vollständig verboten. Zu einer derartig vorübergehenden Maßnahme, mag der Magistrat auf Grund der angeführten Bestimmungen berechtigt sein. Öffentlicht klärt der Prozeß bald auf, wer der Schuldige an den Straßennunnen ist. Empört sein mußte die Bevölkerung, als sie erfuhr, daß Mörder und Totschläger auf freiem Fuß gelassen werden. Und das Volk mußte hierbei zu der Auffassung kommen, daß man die Mordbuben nur deswegen so nachsichtig behandelte, weil es Streikbrecher waren.

Die Ursachen der Augenerkrankungen und Erblindungen werden in dem Bericht „Aus der Stuttgarter Augenheilklinik für Unbemittelte, zehn Jahre ärztlicher Tätigkeit“ (veröffentlicht in dem „Württembergischen Korrespondenzblatt“ Nr. 45, 1905) von Hofrat Dr. Dülller in Stuttgart eingehend erörtert. Dabei kommt der Berichterstatter auf einen interessanten Zusammenhang: Württemberg ist ein Land mit sehr reichlichem Starmaterial. Ich habe mich schon oft gefragt, wie es kommt, daß in dem verhältnismäßig kleinen Lande so viele Starleidende, namentlich unter der Landbevölkerung, sich finden. Die schwere Feldarbeit, die große Sommerhitze, die Häufigkeit der Sclerose und ähnliche als prädisponierende ansehende Momente finden sich auch anderswo. Und da kann ich mir nicht verjagen, eine Vermutung auszusprechen, die ich bei der Ueberlegung dieser Frage nicht loswerden kann. Württemberg ist eines der trinkprohoktesten Länder in deutschen Gauen. Ich bin für meine Person nicht abstinente, glaube nicht an die Schädlichkeit eines mäßigen Alkoholgenußes und gehöre sonach nicht zu der augenblicklich modernen Richtung der ausgeprochenen Alkoholgegner; aber das muß ich doch sagen, daß die manchmal geradezu ungeheuren Mengen von Most, die speziell die ländliche Bevölkerung bei schwerer körperlicher Arbeit zu sich nimmt, neben Bier und Wein mir bei der Frage nach der Ursache der Häufigkeit der Starre in Württemberg nicht ganz unichulbig zu sein scheinen. Beweisen kann ich ja einen solchen Zusammenhang nicht, aber für meine Person glaube ich an eine weitgehende Wahrscheinlichkeit der Richtigkeit dieser Vermutung.

In Leipzig steht die Einführung des 8 Uhr-Lohnschlusses nahe bevor. Die notwendige $\frac{2}{3}$ Mehrheit der Prinzipale hat sich für den

verbandes anzunehmen. Nachdem Kollege Neugebauer-Spremberg und Kollege Händchen-Görlich für die Versammlung des Schlesiens und Brandenburgisch-Pommerscher Ausbreitungsverbandes gesprochen, wird dieselbe einstimmig beschlossen. Dieser Beschluss wurde von allen Anwesenden freudig begrüßt. Die Ausarbeitung des Statuts ist beiden Vorständen überlassen. Als Vorsitz für den Brandenburgisch-Schlesischen Ausbreitungsverband wurde Spremberg erwählt. Als Vorsitzende wurde M. Neugebauer, als Schriftführer Alfred Roth und als Kassierer Adolf Rippstadt gewählt. Der nächste Delegiertentag findet in Görlich statt. Nachdem noch verschiedene Beschlüsse erledigt waren, folgte Schluss der Sitzung 5 Uhr nachmittags mit einem Hoch auf die Deutschen Gewerksvereine.

A. Martini, Betschan, Protokollführer.

Frauen-Vergabnisliste des Verbandes.

Quittung über eingelangte Beiträge für den Monat August 1906.
Hauhandwerker: Ulm 11. 5,07. Wildhauer: Berlin 17,9.
Fabrik- und Handarbeiter: Brandenburg 22,62. Frau Biesch 2,84.
Konditoren: Ratibor 0,60. Maschinenbauer: Berlin IX 1,17. Frau Köhler 1,82. Lithographen: Berlin II 3,12. Berlin III 2,77. Stralund 28,00. Porzellanarbeiter: Altmasser 26,00. Götze 0,78. Königseil 26,00. Neuselbach 1,56. Wittenberg 1,95. Frau Soboldt 1,15. Frau Heideit 0,78. Schneider: Stralund 11,96. Weisenfeld 21,57. Frau Hermann 0,78. Frau Pfaff 0,65. Schuhmacher: Frankfurt 16,18. Stralund 48,75. Frau Schulz 2,08. Stahlarbeiter: Erlangen 11,31. Rinkermalde 1,43. Sagan 15,24. Büttelwäldersdorf 1,95. **Zumma Mark 264,96.**
Berlin, den 1. September 1906.
R. Klein, Hauptkassierer. E. Klason, Hauptkontrollier.

Versammlungen.

Berlin. Diskussionsklub der Deutschen Gewerksvereine (G.-D.). Sitzung jeden Mittwoch, ab 8 1/2-10 1/2 Uhr im Verbandshause der Deutschen Gewerksvereine, NO., Greifswalderstrasse 221/223. Gäste willkommen. — **Sängerkorps der Deutschen Gewerksvereine (G.-D.).** Jeden Donnerstag, abends 9-11 Uhr, Uebungsstunde im Verbandshause der Deutschen Gewerksvereine (Grüner Saal). Gäste herzlich willkommen. — **Sonntag, 4. September. Maschinenbau- und Metallarbeiter II.** Ab. 8 1/2 Uhr Kirchstr. 36a, großer Saal, Versammlung mit Damen. Vereinsangelegenheiten. Vortrag des Herrn C. Ernst: „Das Neueste in lebenden Photographien.“ Nachdem: Frau. — **Maschinenbau- und Metallarbeiter III.** Ab. 8 1/2 Uhr Reußstr. 22. Vortrag des Kollegen Gleichauf. — **Maschinenbau- und Metallarbeiter X.** Ab. 8 1/2 Uhr Protokoll. Monatsbericht. Verschiedenes. — **Maschinenbau- und Metallarbeiter XI.** Ab. 8 1/2 Uhr bei Wed. Vöbderstr. 28. Monatsbericht und anderes. — **Graphische Kerne und Maler I.** Ab. 8 1/2 Uhr Neue Grünstr. 28. L.-D.: Generalrats-Protokoll. Zeitungsfrage. Hilfskasse.

Orts- und Medizinerverbände.

Serne (Ortsverband). Jeden 1. und 3. Sonntag im Monat, nachm. von 4-5 1/2 Uhr, im Lokale des Herrn Wilh. Schulte-Mattler, Diskussionsstunde. — **Greifswald (Ortsverband).** Jeden Donnerstag, ab. 8 1/2-10 Uhr, im Lokale des Herrn Oeflow, Hofmarkt 1, Diskussionsabend. — **Hannover und Umgegend (Ortsverband).** Die Gesangsstunden der Ortsverbands-Vierteltel finden jed. Dienstag Abend 9 Uhr i. Verbandshof, Königsworff

Prüßstrasse 12, Hatt. — **Röln (Ortsverband).** Sonntag, 23. September im Rirkoll-Palast, 1. Etage (Schilberasse) Ortsverbandsversammlung. L.-D.: 1. Protokoll. 2. Geschäftliches. 3. Vortrag des Kollegen Köhner über: „Verhältnismahl bei der Gewerbegerichtswoahl.“ — **Hohenhausen (Ortsverband).** Sonntag, 7. Oktober, nachm. 1/2 Uhr, findet im Rathhof „Zum Deutschen Kaiser“ eine Bezirksversammlung statt. L.-D.: 1. Sind die Deutschen Gewerksvereine lebensfähig? Referent: Karl Pöhl-Bitterfeld. 2. „Soll der Streik der Bergarbeiter dem Gewerbeverein Nutzen oder Schaden gebracht?“ Referenten: Albin Müller sen. und Friedrich Kohl.

Veränderungen bezw. Ergänzungen zum Adressenverzeichnis.
Duisburg (Ortsverband). Johann Reier, Schriftführer, Geroldstrasse 60 II.

Görlich (Ortsverband). Eschirner, Schriftführer, Bittauerstr. 24/35.
Neurode (Ortsverein). Franz Weisler, Schriftführer, Schuhmacherstr. 164.

Briefkasten.

Da die Ausschüsse der Ortsverbände und aller Ortsvereine richten wir wiederholt das dringende Ersuchen, Vorzüge dafür zu treffen, daß ein Ausschussmitglied beauftragt wird, vom 1. Oktober ab an jedem Mittwoch und Sonnabend an den Posthalter zu gehen und die für den betreffenden Ausschuss bestimmten Exemplare des „Gewerksverein“ in Empfang zu nehmen. Sollten die Exemplare nicht eingegangen sein, so muß sofort am Posthalter mündlich Beschwerde eingelegt werden. Für den Fall, daß diese Beschwerde wirkungslos bleibt, ist uns davon sofort mit Postkarte Nachricht zu geben.

Literatur.

Im Verlage von Ernst Heinrich Moritz in Stuttgart sind eine Reihe interessanter Schriften erschienen, die wir zunächst nur ihren Titeln nach und mit Preisangaben aufzählen und uns eine Besprechung derselben für später vorbehalten:
Gewerbliche Gesundheitspflege von Dr. A. Bender, Spl. Gewerksinspektor. Broschirt 2 Mk., eleg. geb. 2,50 Mk. — **Einführung in die praktische Physik, I. Physik der Materie** von Prof. Theodor S. Hartwig, Preis 1,50 Mk. — **Die Kalkulation des Handwerkers** und ihre wirtschaftliche Begründung, von Kalleher G. Schwarz, Hauptlehrer an ihre gewerblich und kaufm. Fortbildungsschule in Ludwigsburg. Preis 50 Pfg., bei Abnahme von über 20 Exemplaren à 40 Pfg. — **Die Handwerker-Gesellschaften.** Ihre einzelnen Arten und deren gegenwärtige Verbreitung in Württemberg. Von Prof. Dr. Heinrich Zwiemele, Leiter der Meisterkurse der Königl. Zentralfelle für Handel und Gewerbe in Stuttgart. — **Buchführung, Wechselkunde und Kalkulation des Buchbinders** in Frage und Antwort von Prof. Dr. Heinrich Zwiemele. Preis in Embd. 1,50 Mk. — **Buchführung, Wechselkunde und Kalkulation des Tischlers (Klempners)** in Frage und Antwort von Prof. Dr. Heinrich Zwiemele, Preis in Embd. 1,50 Mk. — **Buchführung, Wechselkunde und Kalkulation des Schlossers** in Frage und Antwort von Prof. Dr. Heinrich Zwiemele, Preis in Embd. 1,50 Mk.

Anzeigen-Zeil.

Inserate werden nur gegen vorherige Bezahlung aufgenommen.

Alle sämtliche Ortsvereine von Bochum und Umgegend. (G.-D.)
Sonntag, 9. Septbr., nachm. 4 Uhr findet im Lokale des Herrn F. Düppert, Alleestraße 62 eine allgemeine Mitgliederversammlung zwecks Gründung eines Ortsverbandes statt. L.-D.: 1. Gründung eines Ortsverbandes. 2. Wahl des Vorstandes. 3. Verschiedenes. — Um zahlreichen Besuch bittet
Der Einberufer:
August Krüger.

Photographie des Verbandshauses der Deutschen Gewerksvereine in Berlin N.O., Greifswalderstrasse 221/23, photographirt v. Rad.Thiesen vorzüglich ausgefallen, Cartongröße 38/45 cm, wirkungsvolles Ausstattungsstück für Vereinslokale.
Portofrei zu beziehen gegen vorherige Einsendung von 2 Mark an Verbandskassier Rad. Klein, Berlin N.O., Greifswalderstrasse 221/23.

Der Gewerkverein
Jahrgang 1905
auf schönem Papier gedruckt, dauerhaft gebunden, für Verbandsbesitzer und Vereinsbibliotheken
3,50, sonst 6 Mark.
N.B. Frühere Jahrgänge werden zu demselben Preise abgegeben.
Verbandsbureau:
Berlin N.O., Greifswalder Strasse 221/23.
Ordnungen nur an Verbandsbureau
R. Klein,
Berlin N.O., Greifswalder Strasse 221/23.

Verbandshaus der Deutschen Gewerksvereine
Berlin N.O., Greifswalderstr. 221/23.
Treffpunkt aller Gewerksvereinskollegen an den Abenden und an jedem Sonntag. Prachtige Kasse, große Restauration mit vorzüglicher Küche, vier Regeldampfen. Alles den Anforderungen der Neuzeit entsprechend eingerichtet. Zur Abhaltung von Versammlungen, Sitzungen, Sommer-Veranlagungen jeder Art allen Ortsvereinen und Mitgliedern bestens empfehlend, ladet zum Besuch freundlichst ein
Carl Berndt, Deconom.

Danzig (Ortsverband). Durchreis. Gewerksvereinskollegen erhalten beim Genossen Kammerer, Hofmarkt 10 Verpflegungsarten.
Zaarau (Ortsverband). Durchreis. Gewerksvereiner erhalten 50 Pfg. bei den Ortskassierern.
Eisenach (Ortsverband). Karten beim Kassierer Eduard Hartmann, Biesenstraße 10.
Hagen (Ortsverband). Arbeitsnachweis und Verpflegungsarten bei Carl Schambach, Hagen, Bergstr. 56
Hannover. Durchreisende erhalten im Winterhalbjahr 1 Mk. und im Sommerhalbjahr vom 1. April bis 1. Oktober 75 Pfg. bei Carlguth, Bendorferstr. 1.
Hfen (Nahr). Herberge zur Heimat. Arbeitsnachweis u. Verpflegungsarten im Gewerksvereins-Bureau, Post-Allée 33.
Kessermünde u. Umgeg. (Ortsverband). Durchreisende Verbandskollegen erhalten eine Reiseunterstützung von 50 Pfennig. Karten beim Vereinskassierer Otto Gauschow, Schauffstr. 7.
Hannover-Linden. (Ortsverband.) Arbeitsnachweis bei Carl Hebel, Hannover, Heisenstraße 32a I.
Härdenwalde. Durchreisende Kolleg. ent. 70 Pfg. bei jedem Vereinskassierer.
Hittzen. Verpflegungsarten bei Heinrich Diekmann, Bergstr. 7.